

Antragsbereich A / **Antrag A1**

**AntragstellerInnen:** ASF Oberpfalz Bezirksvorstand

**A1: Erhöhung der Minijobgrenze stoppen****Forderung**

:

5

Wir fordern die Ausweitung der Minijobgrenze auf 520,00 € zu stoppen. Außerdem fordern wir die Schaffung eines Gesetzes für eine sozial gerechte  
10 Neuregelung haushaltsnaher Dienstleistungen, wie im Koalitionsvertrag angekündigt.

15 **Begründung**

Der Plan der Regierungskoalition von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verfestigt geringfügig entlohnte und sozial prekäre Beschäftigung. Vor allem Frauen werden in ungewollte finanzielle Abhängig-  
20 keiten und Altersarmut getrieben. Rund 70 Prozent der ausschließlich geringfügig entlohten Beschäftigten sind Frauen. Die Pandemie traf die geringfügig Beschäftigten hart, da sie keinen Anspruch auf Sozialleistungen wie Kurzarbeitergeld, Krankengeld  
25 oder Arbeitslosengeld haben. Sie waren von einem Tag auf den anderen ohne jedes Einkommen. Es ist ein Irrglaube, dass Minijobs als Sprungbrett in

reguläre Beschäftigung dienen. Vielmehr führen sie  
in eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse mit geringer  
30 Entlohnung und fehlenden Perspektiven.

Aktuell verdrängen Minijobs ca. 500.000 reguläre,  
sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhält-  
nisse. Als Minijobber\*in erhalten die Betroffenen  
35 vielfach nicht die ihnen zustehenden gesetzlichen  
und tariflichen Rechte und werden Lohnfortzahlung  
im Krankheitsfall, Urlaub oder eine fachgerechte  
Eingruppierung verwehrt. Minijobs sind Gift für einen  
zukunftsfesten Arbeitsmarkt mit guten Löhnen, siche-  
40 ren Arbeitsplätzen und später armutsfesten Renten.

Die Chance auf eine Reform die existenzsichernde Ar-  
beit fördert, wird verpasst. Die geplante Gesetzesän-  
derung verschärft die Probleme, anstatt sie zu lösen.